

Der 27-jährige Lehrer Luca Schäfer wird unter höchst merkwürdigen Umständen kriminalisiert – er soll im Zuge einer ersten Mai Kundgebung angeblich „Polizisten angegriffen“ und einen Rauchtopf geworfen haben. Der vernommene Polizist verstrickt sich in Widersprüche. Das Bildmaterial zur Demo gibt den Tatvorwurf nicht her. Trotz unklarer Beweislage wird ihm nun mit der Begründung mangelnder Eignung der Eintritt in den Vorbereitungsdienst verwehrt. Der Kollege war mehrere Jahre während seines Studiums in der DGB-Jugend Frankfurt aktiv und ist GEW-Mitglied.

Mit der Absicht des Kultusministeriums, dem Kollegen den Eintritt in den Vorbereitungsdienst zu verwehren, wird Luca das Recht auf eine Ausbildung verweigert, da das Land Hessen das Ausbildungsmonopol bei Lehrkräften hat.

Gerade im Schuldienst, wo Kinder und Jugendliche zu Demokratie, Kritikfähigkeit und Meinungsfreiheit erzogen werden sollen, braucht es politisch engagierte Lehrkräfte, die genau das auch leben und nicht nur lehren. Es ist scheinheilig, die Politikverdrossenheit junger Menschen zu beklagen, wenn man ihnen gleichzeitig immer wieder mit Instrumenten wie dem Berufsverbot vor Augen führt, dass politisches Engagement nur in engen Grenzen zulässig ist, und bestraft wird, sobald eine grundlegende gesellschaftliche Kritik enthalten ist.

Leider gibt es bundesweit immer wieder aktuelle Beispiele der Einschüchterung junger politisch aktiver Kolleg:innen, die deutlich machen, dass Berufsverbote ein nach wie vor aktuelles Thema sind:

Wir erinnern an den Fall des Kollegen Michael Csaszkóczy, der 2004 wegen seiner Mitgliedschaft in einer antifaschistischen Initiative in Baden-Württemberg, im Jahr 2005 dann auch in Hessen, die Einstellung als Lehrer verweigert wurde. 2016 folgte der Fall des Kollegen Kerem Schamberger, der sich an einer Uni in Bayern als Doktorand bewarb und keine Stelle erhielt, weil der Verfassungsschutz beanstandete, dass seine politische Haltung als Kommunist "mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland nicht" zu vereinbaren sei. Im Sommer 2018 wurde der Fall des Benedikt Glasl aus Bayern bekannt, der sich bei „dielinke.sds“ gegen Studiengebühren engagiert hatte. Nach Einschaltung des Verfassungsschutzes wurde ihm der Eintritt in den Vorbereitungsdienst als Mittelschullehrer verweigert. Und erst letztens wurde - ebenfalls in Bayern - dem Wissenschaftler Benjamin Ruß den Einstieg in die Promotion verwehrt.

Auch für die aus den 70er Jahren betroffenen Kolleg:innen ist das Thema weiter aktuell: Ein öffentliches Eingeständnis, dass der Radikalenerlass Tausenden von Menschen die berufliche Perspektive genommen und sie in schwerwiegende Existenzprobleme gestürzt hatte, ist bis heute unterblieben. Eine materielle, moralische und politische Rehabilitierung der Betroffenen hat nicht stattgefunden. Eine politische Auseinandersetzung über die schwerwiegende Beschädigung der demokratischen Kultur durch die Berufsverbotspolitik steht bis heute aus.

Doch was unterscheidet die frühen Fälle des Radikalenerlasses von den Berufsverboten dieser Tage? Darüber wird uns Luca höchstselbst aufklären und einige Insider aus dem Verfahren hervorholen. Los gehts am 20.06. um 18 Uhr im Raum US-C 101 an der Universität Siegen (Campus Unteres Schloss).

Wir freuen uns auf Euch!